

Wenn die Vermittlung von Medienkompetenz als Aufgabenstellung in der Schule an Bedeutung gewinnt, muss die Lehrerbildung weiterentwickelt werden. Eine medienpädagogische Grundbildung für Lehrkräfte ist bisher nicht verpflichtend.

MEDIENPÄDAGOGIK IN DER LEHRERBILDUNG FEHLANZEIGE?

TEXT Rudolf Kammerl

Das Lehramtsstudium muss Lehrkräfte dazu befähigen, Schülerinnen und Schüler Medienkompetenz zu vermitteln, damit sie sich in den Medienwelten selbstbewusst und verantwortungsvoll bewegen können. Außerdem soll es die Pädagogen ermutigen, Medien verstärkt für Lernen und Erziehen zu nutzen. Medienpädagogik sollte deshalb, so der Bericht des Schulausschusses der Kultusministerkonferenz (KMK) vom 11. Dezember 1998, »verpflichtender Bestandteil sowohl der allgemein erziehungswissenschaftlichen als auch der spezifisch fachdidaktischen Ausbildung in der ersten und in der zweiten Phase der Lehrerbildung sein«.

Die theoretische Fundierung der Verankerung medienpädagogischer Inhalte im Unterricht wurde in den letzten Jahren maßgeblich durch das Konzept »Medienkompetenz« geprägt, in dem die medienpädagogische Kompetenz des Lehrers der zentrale Faktor ist. Sie setzt sich zusammen aus:

- einer medienerzieherischen Kompetenz,
- einer mediendidaktischen Kompetenz,
- einer sozialisationsbezogenen Kompetenz im Medienzusammenhang,
- der eigenen Medienkompetenz der Lehrpersonen und
- einer Schulentwicklungskompetenz im Medienzusammenhang.

Um diese Kompetenzen auszubilden, müsste im Lehramtsstudium eine medienpädagogische Grundbildung verankert werden. Als Vorschlag zur praktischen Umsetzung hat das Hochschulnetzwerk

»Lehrerbildung und neue Medien« bereits vor Jahren für die erste Phase der Lehrerbildung ein Mindestcurriculum formuliert, das eine Pflichtveranstaltung sowie zwei Wahlpflichtveranstaltungen vorsieht.

Doch eine medienpädagogische Grundbildung – wie von der KMK und Experten gefordert – ist bisher in keinem Bundesland als verpflichtender Bestandteil in der Lehrerbildung umgesetzt worden. Auch wenn der Bereich nominell in den Prüfungsordnungen auftaucht, bleibt er in den Studienordnungen und in der Prüfungspraxis optional, d.h. der Besuch entsprechender Lehrveranstaltungen ist nicht verbindlich, und das Thema kann für die Prüfung weggelassen werden.

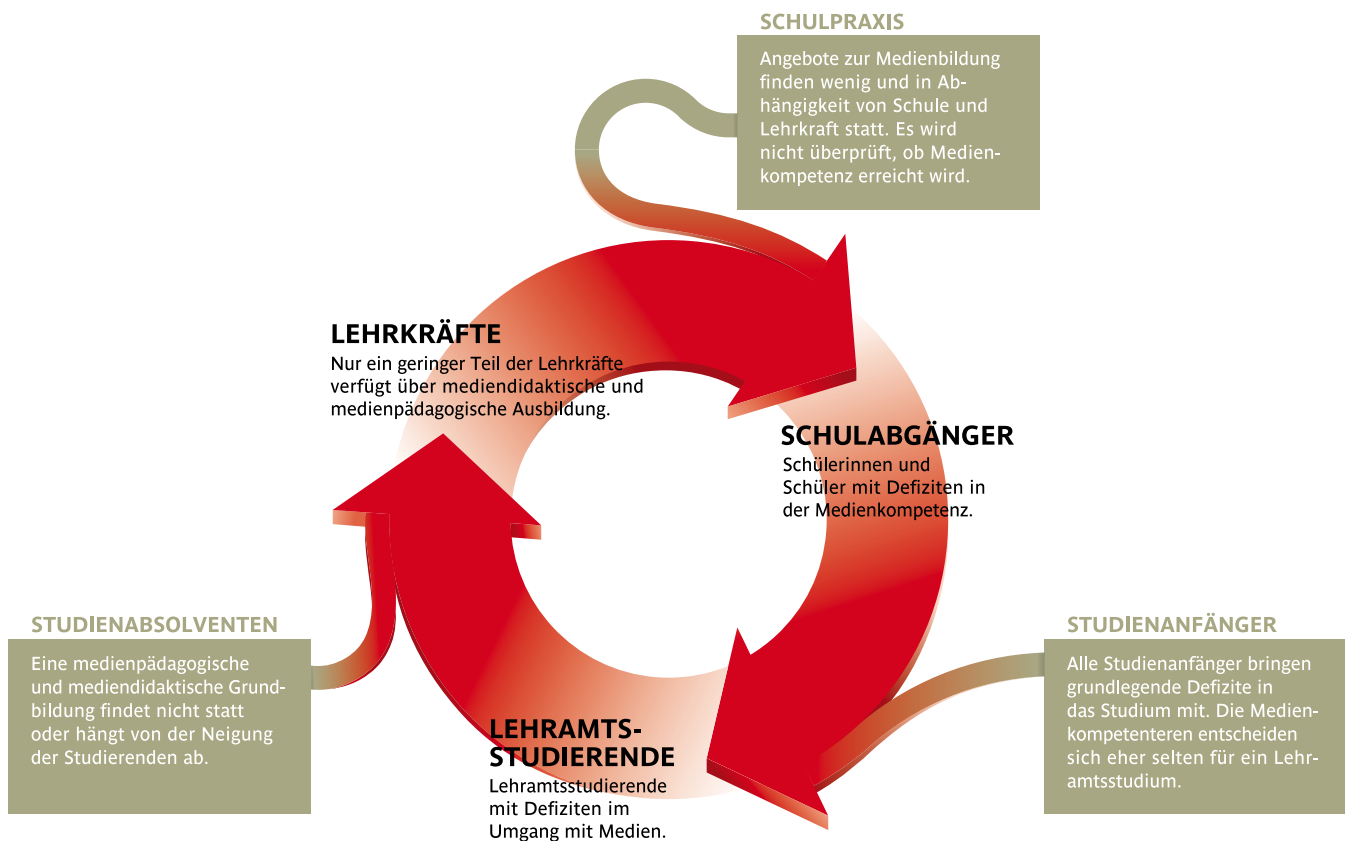
ZUSATZQUALIFIKATION NOTWENDIG

Neben der Grundbildung sind speziell weitergebildete Lehrerinnen und Lehrer erforderlich, die nicht nur über Zusatzqualifikationen verfügen, sondern auch Multiplikatorenfunktion übernehmen können, in Fortbildung und Beratung tätig sind sowie die Fortschreibung und Realisierung des Medienentwicklungsplans der Schulen unterstützen. Entsprechende Angebote existieren in den verschiedenen Bundesländern in Form von Erweiterungsstudiengängen oder Zertifikatsangeboten. In Bayern beispielsweise können sich Lehrer zum »medienpädagogisch-informationstechnischen Berater« an Schulen ausbilden lassen.

Es scheint sinnvoll zu sein, jeweils auf den Bedarf der einzelnen Bundesländer abgestimmte Konzepte zu entwickeln, Weiterbildungsangebote zu konzipieren und diese mit speziellen →

■ TEUFELSKREISLAUF FEHLENDER MEDIENBILDUNG

Dokumentiert von Prof. Dr. Rudolf Kammerl, Universität Hamburg



Funktionsstellen zu verbinden. Gerade mit der Umstellung auf das Bachelor/Master-System finden Studierende aber immer weniger Freiräume, über die Pflichtveranstaltungen hinaus freiwillige Zusatzangebote wahrzunehmen. Darüber hinaus fehlen oft Anreize, sich um entsprechende Zusatzqualifikationen zu bemühen.

WAS SIND DIE KONSEQUENZEN?

Der beschriebene Zustand trägt entscheidend zu einem Teufelskreislauf bei (vgl. Grafik oben), der immer schlimmer zu werden scheint. Die Vermittlung von Medienkompetenz in den Schulen wird noch zu wenig berücksichtigt. Ob die Schüler und Schülerinnen in diesem Kompetenzbereich einen Mindeststandard erreichen, wird nicht überprüft. Die Schulabgänger weisen jenseits einfacher instrumenteller Fertigkeiten große Defizite in der Medienkompetenz auf. Dies führt dazu, dass viele Studienanfänger mit den elektronischen Informationssystemen rund um Hochschulverwaltung, Lehrbetrieb und Bibliotheken nicht zurechtkommen und stattdessen unreflektiert mit Google sowie Copy & Paste ihr Glück versuchen.

Darüber hinaus zeigt sich, dass gerade diejenigen, die zu den Medienkompetenteren zählen, nicht Lehramt studieren. Die meisten Lehramtsstudenten erfahren keine oder kaum medienpädagogische Ausbildung. Derart unvorbereitete Studienabsolventen stoßen im Referendariat auf eine Schulpraxis, in der

Medienbildung nur selten in den Fachunterricht integriert ist und eher als additive Aufgabe betrachtet wird. Außerdem kann es vorkommen, dass medienpädagogische Fragestellungen mit mediendidaktischen Themen verwechselt werden.

Dass in einer »Medien- und Informationsgesellschaft« trotz entsprechender Forderungen auf Bundes- und Länderebene eine Verbindlichkeit medienpädagogischer Inhalte in der ersten Phase der Lehrerbildung bislang nicht umgesetzt wurde, ist schwer nachvollziehbar. Dieser Zustand hat für die Verankerung der Medienpädagogik in der Lehrerbildung fatale Folgen. In Zeiten knapper Ressourcen sind an den Hochschulen all jene Stellen bedroht, die kein absolut notwendiges Studienangebot sind.

Auch wenn in Empfehlungen zur Reform der Lehrerbildung auf Bundesebene oder auf Länderebene Medienerziehung als »prioritäres Thema in der Lehrerbildung« benannt wird, erfolgt statt einer Stärkung der Medienpädagogik an mehreren Standorten ein Stellenabbau. Dieser »Teufelskreislauf« muss durchbrochen werden. In der aktuellen bildungspolitischen Diskussion lässt sich die Medienbildung in der Lehrerbildung nur dann dauerhaft und breitenwirksam stärken, wenn zum einen eine bessere Verankerung der Medienerziehung in den Lehrplänen erfolgt und zum anderen Medienkompetenz im Bildungsmonitoring und bei der Sicherung von Bildungsstandards berücksichtigt wird. ┘